

# Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

## 100.000 in Berlin...

...das waren mehr, als die Gewerkschaftsführungen erwartet hatten.

100.000, sie waren angetrieben von der Wut darüber, dass Milliarden an die „Krisenverursacher“ zur Rettung ihrer Rendite und Profite gegeben werden, und die ArbeitnehmerInnen die verheerenden Kosten der Krise mit Arbeitsplatzvernichtung und sozialer Armut bezahlen.

Dieser Wut gibt der IG-Metall-Vorsitzende Berthold Huber eine Stimme: „Was ist das für eine Frechheit, wenn Banken Kredite von massenhaften Entlassungen abhängig machen. Was ist das für ein Zynismus, wenn Konzerne Milliarden-Dividenden an ihre Aktionäre ausschütten und gleichzeitig ihre Beschäftigten mit Entlassungen bedrohen und ultimativ Lohnverzicht verlangen.“

Doch die Absage der 100.000 richtet sich noch schärfer gegen die Regierung der Großen Koalition. Sie lässt die arbeitende Bevölkerung schon die Milliarden für die Rettung der Banken und Spekulanten bezahlen und begleitet die Kredite für die Konzerne mit der Auflage, Arbeitsplätze und Löhne abzubauen und die Produktion zu drosseln. Das alles geschieht mit der Beteiligung der SPD-Minister und SPD-Führung.

Es ist dieselbe Regierung, die gleichzeitig prognostiziert, dass in diesem und nächsten Jahr weitere 1,5 Millionen Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren werden.

Die Kanzlerin Merkel und ihr Wirtschaftsminister Guttenberg wollen – und auch hier gestützt auf die SPD-Führung – auf der Suche nach einem Investor für Opel, und unter dem Druck von Obama und der EU, Massenentlassungen, Lohnkürzungen und Produktionsdemonstrationen diktieren.

Die 100.000, die am 16. Mai demonstriert haben, waren vor allem erfüllt von der Sorge und der Entschlossenheit, ihre Arbeitsplätze und Betriebe zu verteidigen. Deshalb waren ganze Teile der Belegschaften von Continental, Opel, Arcelor Mittal, Schaeffler, Daimler, VW, Qimon-

da/Infineon nach Berlin gekommen.

Viele von ihnen unterzeichneten die Forderung nach einem Entlassungsverbot, das von der Demonstration des DGB von der Regierung eingefordert werden muss.

Es „muss gehandelt werden!“ „Bevor noch mehr Menschen ins Elend gestürzt werden“, fordert der DGB-Vorsitzende Michael Sommer: „Wenn nicht energisch gehandelt wird gegen Krise und Krisenver-



Stahlarbeiter von Thyssen-Krupp

ursacher, dann wird das Folgen haben für Demokratie und sozialen Frieden.“

Die Politik der Großen Koalition, verantwortlich mitgetragen von der SPD-Führung, die die Gesellschaft in die schwerste soziale Krise der Gesellschaft zu stürzen droht, muss sofort gestoppt werden, forderten Kollegen in einem Flugblatt.

„Viele Betriebe stehen vor dem Aus, wenn die Politik nicht eingreift. Hunderttausende Existenzen stehen auf dem Spiel“, warnt Berthold Huber: „An die Regierungen in Bund und Ländern appelliere ich deshalb: Lassen Sie die Industrie und ihre Arbeitsplätze nicht absaufen. Wir brauchen einen Schutzschirm für Beschäftigung und Betriebe!“

„Schutzschirm für Arbeitsplätze“, verlangt das nicht von der Regierung die sofortige Entscheidung für ein Verbot aller Entlassungen?

Wer kann daran zweifeln, dass Millionen ArbeitnehmerInnen einem Aufruf aller DGB-Gewerkschaften zu einer zentralen Demonstration in Berlin folgen würden, um von der Regierung, von der SPD zu fordern:

„Verbot von Entlassung, Kündigung und Arbeitsplatzvernichtung in der privaten Wirtschaft wie im Öffentlichen Dienst!“

„Schutzschirm für Arbeitsplätze und Betriebe“, heißt das nicht, sofort Maßnahmen zu ergreifen, damit Opel nicht in den von der US-Regierung verordneten Bankrott von GM hineingerissen und vor dem zerstörerischen Zugriff der Gläubiger und Eigentümer geschützt wird? Es gibt keinen anderen Weg. Zur Verteidigung der Arbeitsplätze und Werke muss Opel verstaatlicht werden: für

die staatliche Garantie aller Arbeitsplätze bei Opel und den Zuliefererbetrieben; um die Betriebe und das Vermögen unter staatlichen Schutz stellen zu können.

Ist es nicht notwendig, dass die IG Metall die vereinte Kraft der 100.000 KollegInnen von Opel und der Zuliefererbetriebe zu einem Marsch zur Regierung aufruft, um diese Maßnahme einzufordern?

„Politiker oder Parteien, die Beschäftigte – egal ob in Industrie oder Dienstleistungen – im Regen stehen lassen, (...) haben keinen Anspruch auf die Stimmen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, so Huber am 16. Mai.

SozialdemokratInnen und GewerkschaftskollegInnen, die den Offenen Brief an die Gewerkschaftsverantwortlichen zum Kampf für das Entlassungsverbot

(Forts. S. 2)

## 100.000 in Berlin... (Forts. v. Seite 1)

unterstützen, haben mit einem Aufruf an die KollegInnen, die aus ganz Deutschland am 16. Mai nach Berlin gekommen sind, geantwortet.

„Wir als SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen können nicht akzeptieren, dass die SPD durch die engere Parteiführung von Müntefering, Steinmeier und Steinbrück in der Regierung der Großen Koalition zum Erfüllungsgehilfen für die Rettung der Banken und Spekulan-

ten und für die Organisierung der sozialen Katastrophe für die ArbeitnehmerInnen gemacht wird. Wir rufen alle SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen auf, sich zu versammeln und zu organisieren, mit dem Ziel, die SPD von dieser engeren Parteiführung zu befreien.“

Sie treten dafür ein, die SPD auf Sofortmaßnahmen zum Schutz der Arbeitsplätze und der ArbeitnehmerInnen und gegen die Krise zu verpflichten.

**„Eine SPD, die sich für das Entlassungsverbot und solche Sofortmaßnah-**

**men erklärt, wird sofort die Unterstützung der Millionen ArbeitnehmerInnen, der Gewerkschaften, gewinnen, um Merkel und ihr Interessenklientel aus der Regierung zu vertreiben und die Regierungsgewalt zu erobern;**

**für die Bildung einer Regierung, die sich als erstes darauf verpflichtet, per Gesetz die Arbeitsplatzvernichtung in diesem Lande zu verbieten und die industrielle Produktion und öffentlichen Betriebe zu schützen.“**

CARLA BOULBOULLÉ

## Russland: Valentin Urusow ist frei!

Am 13. Mai erhielten wir aus Sibirien die wichtige Nachricht: der Gewerkschafter Valentin Urusow, der zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, ist auf Beschluss des Kassationsgerichts von Jakutsk freigelassen worden.

Im Juli 2008 in Udachny (15.000 Einwohner), nur 20 km vom Polarkreis entfernt, haben Arbeiter des größten Unternehmens mit einer Diamantenmine, der Firma Alrosa,

eine unabhängige Gewerkschaft gegründet. Sie gewann in zwei Monaten über 1.000 Mitglieder. Doch am 3. September 2008 wurde der Gewerkschaftsverantwortliche Valentin Urusow wegen „Drogenbesitzes“ verhaftet.

In Wirklichkeit war das ein wahres Komplott der Drogenpolizei, die so die ganze Gewerkschaft diskreditieren und jeden Widerstandswillen bei den Arbeitern brechen wollte. Am 26. Dezember wurde Urusow zu 6 Jahren Arbeitslager verurteilt. 13 aktive Mitglieder der Gewerkschaft Profvoboda wurden von Alrosa entlassen und auf die „schwarze Liste“ gesetzt, so dass sie keine neue Arbeit finden. Aufbau unabhängiger Arbeitergewerkschaften auf der einen Seite, Unterdrückung durch die Unternehmer, die jede Form der Demokratie mit Füßen treten, auf der anderen Seite: das ist wahrhaftig Klassenkampf.

Die internationale Arbeitersolidarität hat ihre Aufgabe wahrgenommen. Dem Aufruf des Moskauer Instituts für kollektives Handeln und der Internationalen Verbindung der ArbeitnehmerInnen und Völker (IAV) folgend, haben sich Arbeitnehmerorganisationen aus der ganzen Welt an die Alrosa-Manager und die russischen Behörden gewandt: aus Deutschland, Pakistan, Frankreich, Kasachstan, der Schweiz, Belgien...



Valentin Urusow

und in Russland selbst mit dem Aufruf von 10 landesweiten Gewerkschaften. Zigtausend Rubel wurden für einen Rechtsanwalt gesammelt. Dadurch wurde das neue Urteil ermöglicht, das den Schuldspruch gegen Urusow revidiert.

In einer Situation, in der der Internationale Gewerkschaftsbund IGB von den nationalen Gewerkschaftszentralen fordern will, dass sie im Namen der Krisenbekämpfung „ihre Anstrengungen vereinen“ mit den Unternehmern und Staaten, ist die Freilassung von Valentin Urusow eine Stütze für all die Kollegen, die die Existenz unabhängiger Gewerkschaften verteidigen wollen. Diese Fragen werden auf dem internationalen Treffen der IAV in Genf am kommenden 6. Juni zur Diskussion stehen.

KORRESPONDENT

### Aus dem Inhalt

• GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen engagieren sich:

• „Staatliche Garantie zum Erhalt der Arbeitsplätze durch das Verbot aller Entlassungen“

• BERLIN: KollegInnen der S- und Regionalbahn, der BVG: „Der ÖPNV muss raus aus dem Wettbewerb“

• ITALIEN: Reportage bei den Arbeitern in Turin

• „Für ein Europa des sozialen Fortschritts“? Zum gemeinsamen Positionspapier von SPD und DGB

**IMPRESSUM:** Soziale Politik & Demokratie erscheint 14-täglich. Für den Inhalt der Artikel sind jeweils die UnterzeichnerInnen verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden.

Die „Redaktion Soziale Politik & Demokratie“ unterstützt die Initiativen der Internationalen Arbeitnehmerverbinding (IAV). Sie hat die Verantwortung für die Veröffentlichungen der deutschen Ausgabe der »Internationalen Informationen« übernommen. In den »Internationalen Informationen« werden auch die Texte der »Europäischen Arbeitnehmerverbinding“ veröffentlicht.

**NÄCHSTER REDAKTIONSSCHLUSS: 28. 5. 2009**

**Redaktionsadresse:**

Soziale Politik & Demokratie  
Postfach 120 755; 10597 Berlin  
Fax-Nummer: 030 / 313 16 62  
E-Mail: Soziale\_Politik\_und\_Demokratie@t-online.de  
Bestellungen, Beiträge und Mitteilungen bitte an

diese Adresse schicken. /  
[www.soziale-politik-und-demokratie.de](http://www.soziale-politik-und-demokratie.de)

**Redaktion / HerausgeberInnen Berlin:**

Carla Boulboullé, Rainer Döring, Udo Eisner, Volker Gernhardt, Ute Grahl, Gotthard Krupp, Volker Prasuhn, Birgit Schöllner, Volkmar Schöne, Klaus Schröder, Hans Weigt, Monika Wernecke, Axel Zutz

**HerausgeberInnen:**

Brandenburg: Bodo Fast

Nordrhein-Westfalen:

Heinz-Werner Schuster, Inge Steinebach, Bodo Schoo, Beate Sieweke, Tina Hauptmann

Mecklenburg-Vorpommern:

Lothar Hesse

Sachsen:

Gaby Hahn, Cornelia Matzke

Sachsen-Anhalt:

Axel Bachner

Thüringen:

Klaus Schüller, Andreas Hähle

Hessen:

Michael Altmann, Bettina Czölsch, Rudolf Schulz

Baden-Württemberg: Michael Futterer

Druck: gks-berlin; ISSN: 0941-6064

Der regelmäßige Bezug ist nur im Jahresabonnement möglich.

Jahresabonnement (inkl. Porto): 50,- Euro

Ermäßigtes Abonnement: 30,- Euro

Die »Internationalen Informationen« können als Zusatzabonnement zur »Sozialen Politik & Demokratie« zum zusätzlichen Preis von 10 € (bzw. 2,50 € Monatsrate) bezogen werden.

In den Preisen sind 7% MwSt. enthalten.

Konto: C. Boulboullé,

Berliner Volksbank (BLZ 100 900 00)

Kontonummer: 5629 455 002

V.i.S.d.P.: C. Boulboullé

Postfach 120 755; 10597 Berlin